

**Beschluss der 19. Bundeskonferenz
kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
in Frankfurt am Main vom 18. – 19.8.2008**

Ablehnung von Umschulungen in Gesundheits-fachberufen (z. B. zur Ergotherapeutin oder Logopädin) durch die Arbeitsverwaltung aufgrund fehlender Finanzierungsstrukturen für das dritte Ausbildungsjahr

Beschluss:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die notwendigen Finanzierungsstrukturen für das dritte Ausbildungsjahr bei Umschulungen in Gesundheitsfachberufen – in Anlehnung an die Weiterbildung zur Krankenschwester/zum Krankenpfleger - zu schaffen.

Begründung:

Für die Weiterbildungsförderung nach dem Recht der Arbeitsförderung gilt seit der Einführung des SGB III zum 01.01.1998 der Grundsatz, dass die Dauer von geförderten Weiterbildungen im Vergleich zur Dauer beruflicher Erstausbildung um mindestens ein Drittel der Ausbildungszeit verkürzt sein muss. Berufsabschlüsse, die im Wege der Erstausbildung innerhalb von drei Jahren erworben werden, müssen im Wege der Weiterbildung somit innerhalb von längstens zwei Jahren abgeschlossen sein.

In einigen Gesundheitsfachberufen (z. B. Alten- und Krankenpflege oder Logopädie) scheidet eine Verkürzung der Umschuldauer aufgrund rechtlicher Vorgaben aus. Für diese Fälle bestanden von Anfang 1998 bis 31.12.2005 im Förderungsrecht (§434d SGB III) Übergangsregelungen.

Mit dem Auslaufen dieser Übergangsregelungen werden seit 01.01.2006 Umschulungen in Gesundheitsfachberufen mit dreijähriger Ausbildungszeit nur noch dann für Zweidrittel der Ausbildungszeit durch die Arbeitsverwaltung gefördert, wenn die Finanzierung der Gesamtdauer der Maßnahme gem. § 85 Abs. 2 Satz 3 SGB III zu Beginn der Ausbildung sichergestellt ist.

Für die Weiterbildung zur Krankenschwester/zum Krankenpfleger ist die Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres gesichert. Nicht gesichert ist sie beispielsweise für die Berufe zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger, zur Ergotherapeutin/Ergotherapeut und Logopädin/Logopäde. Seit 01.01.2006 besteht insoweit eine Regelungslücke, die bewirkt, dass derzeit Umschulungen in den o. a. Bereichen mangels gesicherter Finanzierung des dritten Jahres insgesamt abgelehnt werden. Betroffen sind insbesondere Frauen (und hier häufig Berufsrückkehrerinnen), da sie diese Berufe deutlich häufiger wählen.